

Dezember wirksam würde, sei „objektiver“ als diejenige, die in Hongkong gelte. Monge versicherte, es werde in Macau einen effektiveren Schutz des lokalen Rechtssystems gegen zukünftige Einmischungsversuche Beijings geben. (*Lisbon Publico*, Internet Version, 28.6.99, in *FBIS-CHI*, 28.6.99) -ljk-

34 Leichte Wirtschaftsbelebung

Anzeichen für eine Erholung der Wirtschaft waren in den ersten vier Monaten des Jahres 1999 auszumachen. In diesem Zeitraum stiegen die Exporte um 12,3% und die Importe um 9,1% im Vergleich zur selben Periode 1998. Der Exportwert betrug 4,938 Mrd. MPtc (617 Mio. US\$), der Importwert 5,195 Mrd. MPtc (649 Mio. US\$). Das Handelsdefizit in den vier Monaten belief sich auf 257 Mio. MPtc (32 Mio. US\$). Textilien und Bekleidung sind mit 81,5% nach wie vor die Hauptexportwaren. 74,3% der Exporte gingen in die USA und die EU. Importwaren aus dem asiatisch-pazifischen Raum einschließlich der VR China und Hongkong machten 48,4% aus. (XNA, 26 June 99) -ljk-

35 Arbeitslosenquote steigt

Zwischen März und Mai erreichte die Arbeitslosenquote mit 6,1% den Höchststand in den 90er Jahren und lag um 2,3% höher als im Vergleichszeitraum 1998. (Macau Statistics and Census Department; XNA, 2 June 99) Der Prozentsatz der Erwerbsspersonen lag bei 64,4% (im Vergleichszeitraum 1998 waren es 65,5%). Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua sind Wirtschaftswissenschaftler in Macau der Ansicht, daß die Regierung über keinen vernünftigen Plan verfüge, die Arbeitslosenquote in naher Zukunft zu senken. Abgesehen von den negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression in den letzten Jahren könnten die Schulabgänger in diesem Sommer die Quote noch weiter nach oben treiben. Eine Notmaßnahme, so ein lokaler Gewerkschaftsführer, sollte darin bestehen, weniger Arbeiter von Gebieten außerhalb Macaus einzuführen. (XNA, 2 June 99) -ljk-

36 Wirtschaftsaufschwung durch verstärkte Kooperation

Auf einem Seminar über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Macau und Hongkong am 27. Juni in Macau sprachen sich Ökonomen aus der VR China, aus Hongkong und Macau für stärkere wirtschaftliche Bindungen zwischen den drei Regionen aus. Macaus Kooperation mit dem chinesischen Hinterland und Hongkong werde verstärkt werden, da die drei Regionen wirtschaftlich immer mehr voneinander abhängen. Hongkong sollte seinen Status als regionales Finanz-, Handels-, Informations- und Transport-Zentrum behalten. Macau habe enge Verbindungen zur EU, zu Taiwan und zum Perlfußdelta in Südchina. Es könne fortgeschrittenes High-Tech in das Delta und andere Teile Chinas einführen, und die Produkte aus diesen Gebieten könnten mit Hilfe des Vertriebsnetzes von Macau in der ganzen Welt verkauft werden. Hongkonger Geschäftsleute wiederum investierten in Macau in den Branchen Tourismus, Glücksspiel, Fertigung, Export, Immobilien, Finanzdienste, Telekommunikation und Transport. Da Hongkong und Macau beide die freie Marktwirtschaft praktizierten und ein hohes Maß an Autonomie genossen, würden sie eines Tages wirtschaftliche Integration erreichen können. (XNA, 28.6.99) Der künftige Regierungschef der SVR Macau, Edmund Ho Hau-wah, sagte auf dem Seminar, daß die neue Regierung sehr wahrscheinlich Hongkongs Hilfe bei der Ausbildung von Staatsbediensteten, insbesondere der mittleren Ränge, benötige, wodurch die Beziehungen noch enger würden. Auch sei mit der Hongkonger Regierung die verstärkte Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, dem Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen und der Ausbildung der Macauer Polizei zu erörtern. (*Hong Kong Standard*, 28.6.99) Portugals Ministerpräsident Antonio Guterres zeigte sich ebenfalls voller Zuversicht über die Zukunft Macaus. Auf einer Pressekonferenz des Gipfeltreffens Lateinamerikas, der Karibik und der EU in Rio de Janeiro sprach er von einer „leuchtenderen Zukunft“ Macaus nach der Übergabe. Die engen Beziehungen, die Macau mit Europa, insbesondere mit

den Ländern der Iberischen Halbinsel, geknüpft habe, seien von enormem Vorteil für die zukünftige Entwicklung Macaus, das als eine Brücke zwischen China und Europa fungieren könne. Die portugiesische Regierung sei „sehr optimistisch“ über Macaus Zukunft und gewillt, nach der Übergabe die Beziehungen mit China zu verstärken. (XNA, 1.7.99) -ljk-

Taiwan

37 Staatsbesuch aus Mazedonien und Taiwans umstrittene Kosovo-Hilfe

Nachdem im Januar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Mazedonien bekanntgegeben worden war, kam Mazedoniens Premierminister Georgievski am 6. Juni erstmals zu einem Staatsbesuch auf die Insel. Die Reise hatte wegen der Kosovokrise mehrfach verschoben werden müssen. Georgievski, den eine 59köpfige Delegation begleitete, traf während seines sechstägigen Aufenthalts mit seinem Amtskollegen Vincent Siew, mit Präsident Li Teng-hui und mit anderen hochrangigen taiwanischen Politikern sowie mit Geschäftsleuten zusammen und weihte am 9. Juni die mazedonische Botschaft in Taipei ein. Unterzeichnet wurde ein Handelsabkommen. Mazedonien wird nach Taiwan unter anderem Rohtabak ausführen - den die Insel selbst reichlich produziert - sowie Baumwolle und Rotwein. Dem Balkanstaat wurde ferner ein zinsvergünstigtes Darlehen im Wert von 12 Mio. US\$ zugesagt, mit dem Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden sollen. Weitere 3 Mio. US\$ stellte die Import-Export-Bank für Importe aus Taiwan bereit, und schließlich sicherte die Regierung weitere Darlehen an acht taiwanische Firmen ab, die 3 Mio. US\$ in Mazedonien investieren wollen. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 8.6.99 und 10.6.99; AWSJ, 8.6.99; CP, 11.6.99)

Während diese Zusagen an Mazedonien im Rahmen des Erwarteten blieben oder gar dahinter zurückfielen - bei der Aufnahme der Beziehungen sollen Mazedonien mindestens 1 Mrd.

US\$ taiwanischer Investitionen verheißen worden sein (s. C.a., 1999/1, Ü 46) -, erregte eine andere Nachricht großes Aufsehen. Präsident Li gab nämlich bekannt, Taiwan werde 300 Mio. US\$ zur Kosovo-Hilfe bereitstellen. Das Geld sei als Aufbauhilfe für die rückkehrenden Flüchtlinge bestimmt, die Kleidung, Nahrung, Gebrauchsgüter, Unterkunft und medizinische Versorgung benötigten. Auch sollten Kosovaren Kurzaufenthalte in Taiwan zur beruflichen Fortbildung finanziert werden.

Dieser erkleckliche Spendenbetrag - 1.250 US\$ pro mazedonischem Kosovo-Flüchtling - stieß in der Öffentlichkeit auf wenig Verständnis und weckte auch im Regierungsapparat selbst Bedenken. Kritik kam nicht nur aus der Opposition, sondern auch aus Lis eigener Partei, der Nationalen Volkspartei Kuomintang: Weder sei geklärt, woher das Geld genommen werden solle noch wie es im einzelnen verwendet werden sollte. Der designierte Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Fortschrittspartei DPP, Chen Shuibian, erkannte auf „Machtausübung ohne Verantwortung“. Li habe sowohl das Kabinett als auch die Legislative übergeben. (LHB, 13.6.99; Tokyo Kyodo, englische Ausgabe, 14.6.99; Central News Agency, Taipei, nach SWB, 21.6.99) In einer Umfrage erklärten 65 Prozent, angesichts der schlechten Wirtschaftslage sei die Hilfszusage übertrieben großzügig. (*Hong Kong Zhongguo Tongxun She*, 18.6.99) Einige hundert Anhänger der New Party (NP) zogen in einer Protestdemonstration vor den Präsidentenpalast. (CP, 11.6.99) Die NP rechnete vor, daß die Hilfszusagen der Nato-Länder zusammengenommen nicht einmal so groß seien wie die strittige Spende aus Taiwan. (CP, 10.6.99) Besonders scharfe Kritik kam aus der VR China und von ihr nahestehenden Medien: Taiwan gehe es gar nicht um die Flüchtlinge. Vielmehr wolle es auf diese Weise internationale Anerkennung gewinnen. Li Teng-hui hoffe zu erreichen, daß ausländische Kräfte im Streit mit dem Festland auf seiten Taiwans intervenierten. Es würde ihm nichts ausmachen, Taiwan zu einem „asiatischen Kosovo“ zu machen. (Xinhua, 10.6.99; *Hong Kong Zhongguo Tongxun She*, 18.6.99)

Schließlich äußerte sich Li Teng-hui

selbst zu der Sache - und bestätigte im Prinzip die Vorwürfe seiner festländischen Kritiker: Taiwan habe hier eine „einmalige Chance in tausend Jahren“ nutzen müssen. Um voranzukommen, habe Taiwan wie ein großer Staat zu handeln. Im übrigen würde die Hilfe nicht auf einmal fällig, sondern auf drei Jahre verteilt. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 23.6.99) Schon zuvor hatte Yin Tsung-wen, Generalsekretär von Taiwans nationalem Sicherheitsrat, erklärt, die Kosovo-Hilfe sei nicht nach den Kosten, sondern nach ihrer strategischen Bedeutung für Taiwan zu beurteilen. Es gehe hier auch nicht um Mazedonien-Diplomatie. Vielmehr sei die Hilfszusage mit dem Marschallplan zu vergleichen, der ebenfalls Produkt einer weitsichtigen Strategie gewesen sei. (LHB, 13.6.99)

Daß Taiwan mit der Kosovo-Hilfe, wie üppig sie auch immer bemessen sei, die VR China in Europa politisch ausstechen kann, ist freilich kaum zu erwarten. Gewiß hat sich Taiwan auf diese Weise einen Platz als Kooperationspartner bei der Bewältigung der Folgen des Kosovokriegs erkaufte. Eine langfristige Stärkung seiner Stellung dürfte daraus jedoch kaum resultieren. Profitieren möchte jedenfalls der Verbündete auf dem Balkan. Premierminister Georgievski erklärte, er hoffe „ein großer Teil der 300-Mrd.-Dollar-Hilfe für die Kosovaren“ könne „für Aufbauprojekte in Mazedonien genutzt werden“. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 14.6.99) -hws-

38 Wie stark kontrolliert die VR China Taiwans Wirtschaft? Wer steckt hinter „taiwan.com“?

Im Zuge der Liberalisierungsmaßnahmen, die die taiwanische Regierung im Hinblick auf die angestrebte WTO-Mitgliedschaft sowie jüngstens auch zur Beendigung der Wirtschaftsflaute beschlossen hat, wurde der Zugang des taiwanischen Marktes für ausländische Importe und Investitionen erleichtert. Nun untersuchen Regierungsstellen die Gefahr, daß festlandchinesisches Kapital taiwanische Aktiengesellschaften unter seine Kontrolle bringt. Der Geheimdienst und andere staatliche Stellen verfolgen die

Entwicklung, um festzustellen, inwieweit die nationale Sicherheit gefährdet ist. Verschiedenen Regierungsstellen liegen bereits Informationen darüber vor, wonach Investoren vom Festland auf dem taiwanischen Markt aktiv sind. Bislang ist allerdings unklar, wie „Festlandskapital“ zu definieren ist, und entsprechend ist auch die gegenwärtig davon ausgehende Gefahr auch noch kaum zu konkretisieren. (*Jingji Ribao*, Taipei, 16.6.99)

Rätselhaft ist nach wie vor auch ein Fall, der im Mai durch die Presse ging und Chinas Einfluß auf die Medien betrifft. Die Rede ist von der Internet-Domäne „taiwan.com“, die nach dem geltenden Prioritätsrecht ein VR-chinesischer Ingenieur für sich gesichert hatte. Jetzt tritt „taiwan.com“ im Internet jedoch als taiwanischer Anbieter auf mit Taiwan-Themen, Gratis-E-mail-Angeboten an taiwanische Nutzer, verfaßt in traditionellen Langzeichen, wie sie auf Taiwan gebräuchlich sind, und in taiwanischer Schriftzeichenkodierung. Betreiber von „taiwan.com“ ist eine ebenfalls taiwanische Firma namens Takang. Deren Geschäftsführer versicherte in einem Zeitungsinterview zwar, es stehe kein Festlandskapital hinter seiner Firma und das Angebot sei ganz unpolitisch, offen blieb aber, mit welchen Geldgebern und unter welchen Konditionen die Nutzung des Domänennamens, dessen propagandistischer Wert unschätzbar sein dürfte, aus der Volksrepublik heraus an eine taiwanische Firma verkauft werden konnte. (LHB, 21. und 22.5.99) Niemand kann glauben, daß es ein ganz gewöhnlicher Deal - Ware (bzw. Rechte) gegen Geld - war. Und in der Tat: Von der Titelgraphik der taiwan.com-Leitseite kann man direkt nach „china.com“ verzweigen, wo sich Mitte Juli (bei Redaktionsschluß dieses Heftes) beispielsweise nachlesen ließ, daß die Patrioten in Macau „Präsident“ Li Teng-hui als bösen Spalter der Nation tadeln. „taiwan.com“, „china.com“ und „hongkong.com“ werden als Partner-Websites gemeinsam von der in Hongkong ansässigen China Internet Corporation betrieben, hinter der laut taiwanischem Pressebericht unter anderem die volksrepublikanische Nachrichtenagentur Xinhua steht. Daß die VR China Taiwan internet-publizistisch bereits teilweise ge-

schluckt hat, ist jedenfalls offensichtlich.

Die Angst vor einer möglichen Infiltration durch Festlandskapital ließ im Juni Gerüchte aufkommen, die VR China werde im Vorfeld der im kommenden Frühjahr anstehenden Präsidentschaftswahlen plötzlich große Mengen von Anteilsscheinen taiwanischer Firmen verkaufen und so eine Krise am Taipeier Aktienmarkt mit Auswirkungen auf die Sozial- und Wirtschaftsordnung auslösen. Doch besitzt hierzu auch der taiwanische Geheimdienst bislang offenbar keine Kenntnisse. (ZYRB, Internet-Ausgabe, 21.6.99)

Auch wenn sehr viel kriminalistisches Gespür nötig sein wird, Fälle von Infiltration der taiwanischen Geschäfts- und Medienwelt durch festländisches Kapital nachzuweisen, dürfte klar sein, daß die VR China die Chancen, die die Liberalisierung des Marktes in Taiwan mit sich bringt, nutzen wird. Für Taiwan wird es schwer werden, dies zu verhindern, auch wenn juristisches Instrumentarium dafür schon zur Verfügung steht. Auf ein anderes Gefährdungspotential machte im Juni das taiwanische Industrial Development Bureau aufmerksam: Nach den Zahlen von 1998 gehen 7,64% der taiwanischen Exporte aufs Festland, entsprechend einem Wert von 7,7 Mrd. US\$ im Jahr 1998. Ein Importboykott der VR China würde Taiwan daher hart treffen, um so mehr, als bei den Herstellern weitere Verluste in Höhe von 3,2% des Jahresexportwertes zu befürchten seien. Arbeitsintensive Branchen - Chemie, Leder- und Metallbearbeitung - wären besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. (Central News Agency, Taipei, nach SWB, 21.6.99) -hws-

39 Zähe Fortsetzung des chinesisch-chinesischen Dialogs

Das Tauziehen um Ziele, Inhalte und Formalien des chinesisch-chinesischen Dialogs geht weiter, aber immerhin konkretisiert sich nun der nächste Schritt. Dies ist das Ergebnis eines Vorbereitungstreffens, zu dem die stellvertretenden Generalsekretäre der halbamtlichen Organisationen beider Seiten, die den Dialog führen sollen, vom 27. bis 29. Juni in Peking zusammentrafen.

Selbst eine Einigung auf das Datum dieses Vorbereitungstreffens war mit Schwierigkeiten verbunden. Der von der festländischen Association for Relations of the Taiwan Straits (ARATS) zunächst als Anreisetermin vorgeschlagene 22. Juni wurde von der taiwanischen Straits Exchange Foundation (SEF) abgelehnt, da es mit einem Golfturnier kollidierte, das die SEF für Geschäftsleute von beiden Seiten der Straße anlässlich des Drachenbootfestes veranstaltete. Schließlich akzeptierte ARATS den späteren Termin. (Central News Agency, nach SWB, 3.6.99 und 16.6.99; LHB, 11.6.99) Die neunköpfige Delegation, die dann nach Peking fuhr, wurde geleitet von Jan Jyh-hong (Zhan Zhihong); sein Gesprächspartner von der ARATS war Li Yafei.

Hauptziel des Treffens war, das Besuchsprogramm für den ARATS-Generalsekretär Wang Daohan festzulegen. Wang soll im Herbst zu einem Gegenbesuch auf die Insel kommen, nachdem Koo Chen-fu (Gu Zhen-fu), sein Partner auf Seiten der SEF, im vergangenen Oktober nach Shanghai und Peking gereist war. Über die meisten Details konnte jedoch immer noch keine Einigkeit erzielt werden. Selbst die Frage des Besuchstermins und seiner Dauer wurde nur dahingehend konkretisiert, daß es entweder der 12. bis 19. September oder der 12. bis 19. Oktober sein soll. Eine Festlegung auf eines der beiden Daten ist nun Sache der ARATS. Ferner wurde beschlossen, daß Wang zunächst nach Taipei kommt und über Kao-hsiung wieder ausreist und daß Wang und Koo mindestens zweimal zu Gesprächen zusammenkommen. Die weiteren Einzelheiten sollen später geregelt werden. (Xinhua, 28.6.99; IHT, 29.6.99; Central News Agency, Taipei, nach SWB, 39.6.99)

Abgesehen von Beschlüssen zur Taiwanreise Wang Daohans hatten beide Seiten weitere Punkte auf der Agenda, konnten sich aber lediglich darauf einigen, daß die SEF im Vorfeld von Wangs Reise eine Juristendelegation aufs Festland schickt und daß anschließend Landwirtschaftsexperten vom Festland unter der Schirmherrschaft der ARATS Taiwan einen Besuch abstatten. Weitere Anliegen erwiesen sich als nicht verhandelbar, da die Gegenseite mauerte: ARATS

möchte gemeinsam mit der SEF ein Forum über die chinesisch-chinesischen Beziehungen veranstalten. Taiwan lehnt dies ab, da damit der eigentliche Dialog mit der SEF unterlaufen würde. Die SEF hatte andererseits angestrebt, mit der ARATS über praktischen Fragen zu sprechen, die Taiwan auf den Nägeln brennen: die Repatriierung von über 1.000 illegalen Einwanderern aus China, die schon seit bis zu sechs Jahren in diversen Lagern auf ihre Rückführung warten, sowie umstrittene Fischereirechte. Die festländische Seite legt jedoch eindeutige Priorität auf politische Grundsatzentscheidungen gemäß dem Motto „ein Land, zwei Systeme“ und sieht keinen Grund, einer Regierung entgegenzukommen, die ebendieses Prinzip ablehnt. (ZXS und Xinhua, 1.6.99; Central News Agency, Taipei, nach SWB, 19.6.99 und 30.6.99)

Das Pekinger Treffen verdeutlichte erneut, wie sehr beide Seiten in ihrer Grundposition sowie ihren Interessen und Zielen voneinander entfernt sind. Selbst die Regelung einfacher technischer Fragen gerät auf diese Weise jedesmal zu einem komplizierten Staatsakt. Taiwans Interesse am Dialog erschöpft sich im Grunde in praktischen Regelungen, die es mit der Gegenseite auf der Basis der Gleichberechtigung zu treffen hofft. Indem die VR China Gespräche darüber ablehnt, möchte sie dagegen Druck auf Taiwan ausüben, zunächst Pekings Oberhoheit anzuerkennen. Immerhin rückt der Gegenbesuch von Wang Daohan nun einen Schritt näher. Daß dieser Besuch, wenn er denn zustande kommt, zu nennenswerten Ergebnissen führen wird, erscheint jedoch kaum denkbar. Die bloße Fortführung des Gesprächs kann angesichts dessen schon als Erfolg gelten. -hws-

40 Allianz Versicherung engagiert sich in Taiwan

Die Allianz Versicherungs-AG unterzeichnete am 2. Juni einen Vertrag, mit dem sie einen 50%-Anteil an zwei Versicherungen übernehmen wird, die zur taiwanischen Uni-President-Gruppe gehören. Ebendiesen Anteil hielt bisher die British Eagle Star, die sich jedoch aus Taiwan zurückziehen wird, nachdem sie

sich mit der amerikanischen Zurich-Gruppe zusammengeschlossen hat, die auf der Insel ebenfalls Versicherungen verkauft. Die Allianz hält Taiwan für einen der drei größten Versicherungsmärkte Asiens und sieht dort günstige Wachstumsperspektiven. Die beiden Firmen, deren Geschäftspolitik Allianz nunmehr bestimmt, werden die Namen Allianz President Life und Allianz President General tragen. Der Kaufpreis wurde nicht genannt. (CP, 3.6.99) -hws-

41 Verzögerungen beim Bau der Hochgeschwindigkeitsbahn. Wer erhält die Aufträge?

Die Taiwan High Speed Rail Corporation (THSRC), die mit privaten Mitteln eine Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke bauen soll, hat Probleme, die Finanzierung zu sichern. Taiwan hat zwar ein eminentes Interesse an der Bahn, da sie den Personentransport entlang der dicht besiedelten Westküste nennenswert effektivieren würde. Bislang braucht der Zug von Taipei nach Kaohsiung vier Stunden, der neue Superexpress würde die 340 km in knapp 90 Minuten schaffen. Acht weitere Haltebahnhöfe sind vorgesehen. THSRC würde die Bahn 35 Jahre betreiben, ehe sie an den Staat überginge.

Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich jedoch auf 513 NT\$ (15,7 Mrd. US\$) und für THSRC inklusive Zinsen auf über 400 Mrd. NT\$. Die Eigenkapitalausstattung liegt derzeit aber nur bei 20 Mrd. NT\$. Mitte Juni konnte nun eine Einigung zwischen der Regierung und einem Bankenkonsortium über die Finanzierung eines Darlehens an THSRC im Wert von 280 Mrd. NT\$ erzielt werden. Damit sind die Probleme aber noch nicht vom Tisch, denn THSRC muß seine eigene Finanzsituation verbessern, ehe der Darlehensvertrag rechtskräftig werden kann. THSRC hat jetzt bis Mitte Januar Zeit, seine Kreditwürdigkeit herzustellen. (FT, 8.6.99; CP, 25.6.99)

Dabei wird für THSRC eine große Rolle spielen, auf welche Konditionen sich der prospektive Systemlieferant einläßt. Zwar war THSRC mit Eurotrain, einem Alstom-Siemens-Konsortium, angetreten, aber mittler-

weile ist die japanische Shinkansen-Gruppe wieder im Gespräch, die unschlagbar günstige Kreditkonditionen bietet. EU-Vertreter boten demgegenüber an, sich für Taiwans WTO-Mitgliedschaft stark zu machen, falls das deutsch-französische Konsortium den Zuschlag erhielte. (CP, 7.6.99)

Weitere Ungewißheiten konnten im Juni immerhin ausgeräumt werden: Die Regierung hatte sich verpflichtet, bis Ende Juni eine Reihe von Aufgaben zu erledigen, die ihr aus dem Projekt erwachsen, drohte aber, zeitlich immer mehr in Verzug zu geraten. Laut THSRC ergab sich daraus bereits eine mindestens 18monatige Verzögerung des Fertigstellungstermins, der sich damit von 2003 auf das Jahr 2005 verschieben würde. Unterdessen hat die Regierung ihre letzte Hausaufgabe offenbar zwar erledigt - es ging um die maximal zulässigen Vibrationen beim Bau einer Teilstrecke in der Nähe eines Industrieparks -, aber mit einer pünktlichen Inbetriebnahme dürfte dennoch kaum mehr zu rechnen sein - falls THSRC nicht überhaupt noch vorher das Handtuch wirft. (CP, 25.6.99) -hws-